



HESSISCHER LANDTAG

21. 02. 2013

*Dem
Sozialpolitischen Ausschuss
überwiesen*

Dringlicher Berichtsantrag des Abg. Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Fraktion

betreffend finanzielle Beteiligung der Länder zum Thema sexueller Missbrauch

In der "Rheinischen Post" vom 19.02.2013 wird darüber berichtet, dass die Empfehlungen des runden Tisches gegen Kindesmissbrauch nicht umgesetzt werden. Bund und Länder hatten in Aussicht gestellt, zu gleichen Teilen einen Fonds über 100 Mio. € zu schaffen, der unter anderem für Beratung, finanzielle Hilfen oder Therapien von Opfern sexuellen Missbrauchs zur Verfügung steht.

In dem Bericht wird aus einer Beschlussserklärung des Bundeskabinetts zitiert, in der die Bundesregierung die Länder auffordert will, ihren Beitrag endlich zur Verfügung zu stellen.

Die Landesregierung wird ersucht, im Sozialpolitischen Ausschuss über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie hat sich die Hessische Landesregierung dabei verhalten und wie ist ihre Position dazu?
2. Wie groß wäre der hessische Anteil daran?
Ist dieser Anteil im Haushalt etatisiert?
3. Trifft es zu, dass die Länder ihren finanziellen Anteil zurückhalten?
Wenn ja, warum?
4. Trifft dies auch für den hessischen Anteil zu?
Wenn ja, aus welchen Gründen?
5. Wenn es richtig ist, dass der Fonds noch nicht installiert werden konnte, was unternimmt die Hessische Landesregierung, damit den Opfern rasch geholfen werden kann?

Wiesbaden, 21. Februar 2013

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir

Marcus Bocklet